

Antrag UE-06
UB Köln**Empfehlung der Antragskommission**
Annahme in Fassung der Antragskommission**Der Landesparteitag möge beschließen:****Finger weg vom Klimaschutzgesetz**

1 Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, der vom Koalitionsausschuss beschlossenen Absicht, die im Klimaschutzgesetz verankerten Pflicht zur Sektoren bezogenen Reduktion der Jahresemissionsmengen aufzulegen, nicht zu folgen und insoweit einer Änderung des Klimaschutzgesetzes nicht zuzustimmen.

2
3
4
5
6
7
8 Mindestens sollte bei der Abstimmung über die angekündigte Novellierung des Gesetzes der Fraktionszwang aufgehoben werden.

9
10
11
12 **Begründung**

13
14 Wird die Einigung des Koalitionsausschusses vom 28.03.2023 umgesetzt, so führt das insbesondere dazu, dass das Klimaschutzgesetz entschärft wird: Im geltenden Gesetz hat jeder Sektor wie z.B. Energie, Gebäude und Verkehr pro Jahr CO₂-Reduzierungsvorgaben, die eingehalten werden müssen. Das Verfehlen dieser Vorgaben hat (an sich) Sanktionsmaßnahmen zur Folge (Sofortprogramme zur nachträglichen Erreichung der Ziele). Der Verkehrssektor (und der Gebäudesektor) hat seine Vorgaben in den letzten zwei Jahr nicht erreicht - Kompensationsmaßnahmen wurden nicht beschlossen.

15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26 Trotzdem soll nach dem Willen des Koalitionsausschusses diese jährliche Sektor-Verpflichtung ersetzt werden durch eine sektorübergreifende und mehrjährige Gesamtrechnung. D.h. die Verfehlung der CO₂-Reduzierungsziele in einem Sektor (z.B. Verkehr) kann durch (überobligatorische) Einsparungen in einem anderen Sektor (z.B. Industrie) ausgeglichen werden. Kompensationsmaßnahmen werden erst erforderlich, wenn die Gesamtemissionen aller Sektoren über der erlaubten Gesamtemissionsmenge liegen. Dann muss die Regierung gemeinsam eine Lösung finden. Man mag sich die Rangelei im Kabinett und die dabei entstehenden „faulen Kompromisse“ gar nicht vorstellen wollen.

27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40 Dass dabei Deutschland bis 2045 klimaneutral werden soll, ist ein unfrommer Wunsch. Zumal feststeht, dass wir, wenn wir so weiter machen wie bisher, das 1,5 Grad-Ziel nicht erreichen können, sondern eher bei 2 Grad und mehr liegen werden.

41
42
43
44
45
46 Statt weniger Druck auf die notorisch schlechten Sektoren wie den Verkehrssektor brauchen wir daher offen-

Streiche Zeilen 8-10

48 sichtlich mehr Druckmittel, um Verbindlichkeit zur Errei-
49 chung unserer Klimaziele zu sichern.

50

51 Die Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 28.3.2023
52 stehen deshalb auch nicht mit der Forderung des
53 Bundesverfassungsgerichts in seinem Beschluss vom
54 24.03.2021 zur Verfassungsbeschwerde gegen das Kli-
55 maschutzgesetz in Einklang. Danach hat der Gesetzge-
56 ber es zu unterlassen, die künftigen Emissionsminde-
57 rungslasten (nach 2030) nicht unverhältnismäßig hoch
58 aufzutürmen, sondern die Pflicht, zur Wahrung grund-
59 rechtlich gesicherter Freiheit insbesondere der nachfol-
60 genden Generationen diese hohen Lasten durch ent-
61 sprechende Maßnahmen in den Jahren bis 2030 abzu-
62 mildern.

63

64 Die vorherige Regierungskoalition hat dementspre-
65 chend das Klimaschutzgesetz 2021 verschärft. Es er-
66 scheint deshalb höchst zweifelhaft, dass die geplante
67 Aufweichung des Gesetzes verfassungsrechtlich zuläs-
68 sig wäre.

69

70 Politisch wäre es ein historischer Treppenwitz, dass
71 die amtierende selbst ernannte „Fortschrittskoalition“
72 hinter den erreichten Klimaschutz zurückfällt und der
73 CDU/CSU die Chance einräumt, sich als „Klimaschutz-
74 hüter“ aufzuspielen.

75

76 Die SPD sollte hier kein gemeinsames Spiel mit der FDP
77 spielen.